

China in einer multipolaren Welt

(Überarbeitetes Referat auf dem Kasseler Friedensratschlag am 1. Dezember 2018.)

Mit dem mir hier aufgetragenen Thema sind drei Hauptaspekte für eine Analyse der Internationalen Beziehungen im ersten Viertel des 21. Jahrhunderts aufgerufen. *Erstens* der Aufstieg Chinas, der nicht nur das Land, sondern die Welt verändert hat.¹ Insofern werde ich das früher Entwickelte hier nicht wiederholen, lediglich auf einige aktuelle Gesichtspunkte verweisen. *Zweitens* der Widerstand der bisherigen global agierenden Vormacht, der USA, gegen ihren Macht- und Einflussverlust und die Veränderungen, die mit der Präsidentschaft von Donald Trump verbunden sind.² Die nach der Wahl sich abzeichnenden Modifikationen der Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik der USA haben sich in der Tat vollzogen, sind jedoch in ihren Weiterungen noch nicht abschließend zu bewerten. *Drittens* die Umgestaltungen im Weltsystem und in den Internationalen Beziehungen, ihre Folgen und Gefahren. Am Ende sind Schlussfolgerungen für Deutschland und die Europäische Union (EU)³ sowie für eine Friedenspolitik zu ziehen, die diesen Namen in der Tat verdient.

Strukturelle Veränderungen

In dem Teil der Politikwissenschaft, der sich mit der Frage nach der Macht und der Struktur im Weltsystem befasst, wird der Faktor „Ordnung“ betont. Hegemonialmächte und Imperien bringen, wenn auch auf jeweils unterschiedliche Weise, eine gewisse Ordnung in die internationalen Beziehungen, von der auch andere, kleinere Staaten Nutzen ziehen können. Sie tun dies im Eigeninteresse, doch nützt das auch anderen Staaten. Die Zyklen des Auf und Ab überlappen sich, „so dass sich idealtypisch aus den Blütezeiten verschiedener großer Mächte eine Kette bilden lässt. Deren Glieder markieren die Phasen der großen Mächte im Zenit, wenn sie ihre stärkste Macht entfaltet haben und die größte Leistungsfähigkeit besitzen, um an die Stelle des nicht vorhandenen Weltstaats zu treten und eine internationale Ordnungsfunktion wahrzunehmen. Wenn die Abstiegsphase der einen großen Macht sich mit der Aufstiegsphase einer anderen kreuzt, kommt es zum imperialen bzw. hegemonialen Übergang, bei dem auch die Ordnungsfunktion weitergereicht wird. Dieser Wechsel kann friedlichen oder kriegerischen Charakters sein.“⁴ Ein friedlicher Übergang bedarf historischer Voraussetzungen. In der britischen Marineführung und Regierung wurde in den 1920er Jahren die Entwicklung der Marine der USA als Bedrohung der britischen Vorherrschaft zur See angesehen. Selbst Winston Churchill, damals britischer Finanzminister, schrieb 1928, ein Krieg zwischen Großbritannien und den USA wäre zwar „töricht und katastrophal“, aber nicht

¹ Vgl. Erhard Crome: Chinas Aufstieg und die geopolitischen Folgen, in: Lühr Henken (Hrsg.): Abrüsten statt Aufrüsten. Konfliktanalysen und Lösungsansätze aus der Friedensbewegung, Kassel: Jenior Verlag 2018, S. 279-297. <http://weltrends.de/res/uploads/Crome-Chinas-Aufstieg-2017.pdf>.

² Vgl. Erhard Crome: Faktencheck: Trump und die Deutschen, Berlin: Verlag Das Neue Berlin 2017.

³ Hier verweise ich auf mein jüngst erschienenes Buch, das ebenfalls nicht nochmals referiert werden soll: Erhard Crome: Deutschland auf Machtwegen. Moralin als Ressource für weltpolitische Ambitionen, Hamburg: VSA Verlag 2019.

⁴ Ulrich Menzel: Internationale öffentliche Güter und die Kontrolle der globalen Allmenden, in: Erhard Crome, Raimund Krämer (Hrsg.): Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert, Potsdamer Textbücher, Bd. 20, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013, S. 13f.

„undenkbar“⁵ Am Ende war es der Kampf gegen Hitlerdeutschland, der Großbritannien und die USA auch im Zweiten Weltkrieg zu Verbündeten machte.

Wird heute die Frage nach den Beziehungen zwischen China und den USA bzw. zwischen Deutschland sowie der EU und den USA gestellt, steht im Hintergrund, dass wir uns seit Anfang des 21. Jahrhunderts erneut in einer Phase hegemonialen Übergangs befinden. Er ist durch den Abstieg der USA als globaler Hegemonialmacht gekennzeichnet. Sie sind nicht mehr die „unilaterale Supermacht“, wie in den 1990er Jahren viele meinten. Das Fiasko im Irak-Krieg und im Afghanistan-Krieg markieren das in einem globalstrategischen und militärischen Sinne.

Die Volksrepublik China hat im Jahre 2018 Waren im Wert von 2.487 Milliarden US-Dollar exportiert, gefolgt von den USA mit 1.664 Milliarden US-Dollar und Deutschland mit 1.561 Milliarden US-Dollar (nach: de.statista.com). Das Bild ändert sich nicht wesentlich, wird die EU-28 mit ihren Exporten nach außen (ohne Intra-EU-Export) in den Blick genommen. 2017 exportierte China Waren im Wert von 2.263 Milliarden US-Dollar, die EU von 2.158 Milliarden US-Dollar und die USA 1.546 Milliarden US-Dollar (nach UNCTAD Database). Damit lagen die Anteile am weltweiten Warenexport im Falle Chinas bei 16,2 Prozent, der EU-28 bei 15,5 Prozent (wieder ohne Intra-EU-Export) und der USA bei 11,1 Prozent. 2010 waren das für die EU noch 15,3 Prozent, die USA 10,7 Prozent und für China 13,2 Prozent. In den Jahren zuvor sah die Liste noch ganz anders aus: im Jahre 2000 EU 17,1 Prozent, USA 16,2 Prozent und China 5,2 Prozent; 1990 EU 22,4 Prozent, USA 15,8 Prozent und China 2,5 Prozent; 1980 EU 20,2 Prozent, USA 15,0 Prozent und China 1,2 Prozent. Hier wird der Aufstieg Chinas als globale Wirtschaftsmacht besonders deutlich sichtbar. Die nordatlantische „Welt des weißen Mannes“ hatte 1960 und 1970 noch einen Anteil an den Weltexporten von über 42 Prozent. In der Verringerung dieser Anteile widerspiegelt sich nicht nur der tendenzielle Niedergang der USA als Wirtschaftsmacht, sondern überhaupt der nach der Entdeckung und Eroberung Amerikas sowie der Schaffung der europäischen Kolonialreiche seit dem 16. Jahrhundert geschaffenen, erst eurozentristischen, dann nordatlantischen Weltordnung.

Die Frage aber, ob nun China als Super-Supermacht an die Stelle der USA tritt, wie viele Analytiker im Westen gern fragen, ist falsch gestellt. Eher entsteht ein globales „Konzert der Mächte“. Hier ringen mehrere mächtige Zentren um Macht und Einfluss bzw. global um eine Neuverteilung der Macht. Die USA haben nach wie vor eine der größten Volkswirtschaften der Welt und verfügen über die unstrittig mächtigste Militärmaschinerie. Weder die eine noch die andere versetzt sie jedoch in die Lage, der Welt nach Belieben ihren Willen aufzwingen zu können. Aus Sicht der Herrschenden in den USA war bereits Präsident Barack Obama die historische Aufgabe gestellt, diesen „Rückbau“ so zu managen, dass die Interessen der USA möglichst weitgehend zur Geltung kommen. Nachdem er das nicht vermochte, sondern nur die vorherige Globalpolitik etwas schlauer fortzusetzen bestrebt war, versucht es nun Donald Trump mit einem Kurswechsel. Dabei geht es nicht um kurze Zeiträume. Das Osmanische Reich vermochte es, seine strategischen Rückzugsgefechte über zwei Jahrhunderte hinzuziehen. Zu hegemonialen Offensivoperationen nicht mehr in der Lage zu sein, ist etwas völlig anderes, als danach zu fragen, welche Defensivkräfte weiter mobilisierbar sind. Die USA werden im Mächtekonzert noch längere Zeit *primus inter pares* sein.

Weltsystem und Zyklen

Die Debatten um den vietnamesisch-kambodschanischen Konflikt 1979/80 und um die Konflikte im

⁵ John Charmley: Der Untergang des Britischen Empires, Graz: Ares Verlag 2005, S. 18.

zerfallenden Jugoslawien nach 1989/90 sowie den völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Jugoslawien 1999 hatten erneut deutlich gemacht, dass Konfliktformationen wie auch Staaten- und hegemoniale Ordnungen sinnvoll als geopolitische Ordnungen zu fassen sind. Der britische Geograph Peter J. Taylor betonte: „Solche Ordnungen bilden relativ stabile Muster geographischer Machtverteilungen über verschiedene Zeitperioden.“⁶ Um deren Entwicklung analytisch zu fassen, schlug Taylor vor, die hegemonialen Zyklen der Neuzeit und die Kontratieff-Zyklen der weltwirtschaftlichen Entwicklungen miteinander zu verbinden.

Kontratieff-Zyklen sind die langen Wellen der Konjunktur, die der russische Ökonom Nikolai D. Kondratieff Anfang der 1920er Jahre entdeckt hat und die von Joseph A. Schumpeter, der sie nach Kondratieff benannt hat, sowie von Fernand Braudel bestätigt wurden. Der Berliner Philosoph Peter Ruben geht davon aus, dass ein Kondratieff 55 Jahre dauert;⁷ er hat eine Aufschwungs- und eine Abschwungsphase und insgesamt jeweils vier Perioden: Depression, Erholung, Prosperität und Rezession. Der erste Kondratieff der Neuzeit ist der der industriellen Revolution (1788-1842) mit dem Übergang von der Agrargesellschaft zur Industrie und mit der Dampfmaschine im Zentrum; der zweite der von Schumpeter detailliert untersuchte bürgerliche (1843-1897) mit Stahlproduktion und Eisenbahn als Grundlage; der dritte der imperialistische (1898-1952) auf der Basis von Elektro- und Chemieindustrie; der vierte (1953-2007) der fordistische: Auto und insgesamt Massenproduktion. Seit 2008 befinden wir uns im fünften Kondratieff, der offensichtlich mit Mikroelektronik, Internet, Robotertechnik und Nanotechnologie zu tun hat. Darauf hatte bereits Ende des 20. Jahrhunderts Immanuel Wallerstein hingewiesen.⁸

Taylor geht davon aus, dass die hegemonialen Zyklen mit den Kondratieff-Wellen korrespondieren.⁹ Mit der Aufschwungsphase des ersten Kondratieff beginnt der britische Hegemonialzyklus: Großbritannien steigt zur Hegemonialmacht auf; die Napoleonischen Kriege sind der Versuch Frankreichs, dem entgegenzuwirken, und scheitern. In der Abschwungsphase (nach 1815) ist der hegemoniale Sieg Großbritanniens global gesichert, das „Konzert der Mächte“ auf dem europäischen Kontinent stützt diese Position ab. Symbolisch für die starke Position Großbritanniens als Wirtschafts- und Handelsmacht und unumstrittene Hegemonialmacht im Aufschwung des zweiten Kondratieff ist die berühmte erste Weltausstellung 1851 in London; das Mächtegleichgewicht in Europa lässt Großbritannien freie Hand zur Dominanz in Übersee. In der Abschwungsphase des zweiten Kondratieff beginnt die britische Hegemonie zu sinken; auf dem europäischen Kontinent wird Deutschland zur stärksten Macht. Mit dem dritten Kondratieff beginnt der Aufstieg der USA als Weltmacht jenseits der Amerikas (Spanisch-Amerikanischer Krieg 1898); die britische Weltordnung zerfällt. Die Rivalität zwischen Deutschland und den USA wird in zwei Weltkriegen entschieden, in denen die USA die Hegemonie erringen. Der vierte Kondratieff ist durch den Kalten Krieg geprägt, in dem die Sowjetunion am Ende unterliegt. In der Abschwungsphase (seit Ende der 1970er Jahre) wird die weltwirtschaftliche Position der USA und damit ihre hegemoniale Kraft jedoch bereits schwächer. Die Europäische Union – und mit ihr erneut Deutschland – sowie Japan werden zu Herausforderern. Der Aufstieg Chinas beginnt.

Im neuen hegemonialen Zyklus, der auf dem fünften Kondratieff aufruhrt, ist bisher kein Übergang der Hegemonialfunktion sichtbar. Im entstehenden globalen „Konzert der Mächte“, zugleich von einer

⁶ Peter J. Taylor: Geopolitische Weltordnungen, in: WeltTrends, Heft 4. August 1994, S. 31.

⁷ Peter Ruben: Vom Kondratieff-Zyklus und seinem Erklärungspotential, in: Berliner Debatte Initial, Heft 4/2008, S. 50-65. Siehe auch: Ulrich Hedtke: Stalin oder Kondratieff, Berlin: Dietz Verlag 1990.

⁸ Immanuel Wallerstein: Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien: Promedia Verlag 2002, S. 67.

⁹ Peter J. Taylor: Geopolitische Weltordnungen, a.a.O., S. 37.

internationalen Ordnung des Rechts in Gestalt der UNO idealiter überwölbt, ist ein neuer Träger einer weltweit hegemonialen Ordnungsfunktion nicht zu sehen. Zugleich ist China mit dem Projekt „Neue Seidenstraße“ dabei, eine neue, hochmoderne technische Infrastruktur auf dem eurasischen Großkontinent zu schaffen, die auch weite Gebiete Afrikas – zum Teil mit gesonderten Infrastruktur- und Investitionsprojekten – mit einbezieht. Wenn, wie Menzel meint, „die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter“ eine der Hauptaufgaben einer großen Macht in einem Hegemonialsystem ist,¹⁰ so läuft das chinesische Projekt Seidenstraße, in das bereits viele Staaten Eurasiens und Afrikas einbezogen sind, genau darauf hinaus.

Hinzu käme, gleichsam in Analogie zum Wechselverhältnis von Konzert der Mächte in Europa und freier Hand Großbritanniens in Übersee im 19. Jahrhundert, im 21. Jahrhundert die Erschließung und Beherrschung des Weltraumes. China hat mit seinen weitreichenden Raumfahrtprogrammen für die nächsten Jahrzehnte einen neuen Wettlauf zum Mond, zum Mars und zum Bau einer neuen Weltraumstation angeregt. Unabhängig davon, ob das Land einen Vorsprung gegenüber den USA und den anderen an Raumfahrt interessierten und beteiligten Mächten realisiert – und dazu gehören unter Trump auch wieder die USA, die wie EU-Europa sich aus Kostengründen ursprünglich weitgehend zurückziehen wollten – werden auch hier internationale öffentliche Güter geschaffen.

Schlaglichter einer Feindseligkeit

Am 1. Dezember 2018 hatten sich der chinesische Präsident Xi Jinping und US-Präsident Donald Trump am Rande des G 20-Treffens in Buenos Aires getroffen und einen vorläufigen Waffenstillstand im Handelskrieg vereinbart. Das chinesische Staatsfernsehen CGTN berichtete, nach dem 1. Januar 2019 sollten keine zusätzlichen gegenseitigen Zölle mehr erhoben und die Verhandlungen zwischen beiden Seiten fortgesetzt werden.

Buchstäblich am selben Abend wurde in Vancouver (Kanada) die chinesische Spitzenmanagerin Meng Wanzhou festgesetzt. Sie wollte nicht einmal nach Kanada einreisen, sondern war nur im Transit auf einem Flug nach Mexiko. Gleichwohl erreichte sie der Bannstrahl der US-amerikanischen Anmaßung, das innerstaatliche Recht der Vereinigten Staaten auf den ganzen Globus auszudehnen. Die kanadischen Behörden kuschten und vermeldeten, das Rechtshilfe- und Auslieferungsabkommen lasse ihnen keine andere Möglichkeit, als die, Erfüllungsgehilfen des Großen Nachbarn zu sein.

Nun ist Frau Meng nicht irgendwer, obwohl sie außerhalb von Insider-Kreisen zuvor kaum bekannt war und nicht im Lichte der Öffentlichkeit stand: Sie ist Finanzchefin und stellvertretende Vorstandsvorsitzende des chinesischen Technologiekonzerns Huawei und zugleich die Tochter des Firmengründers Ren Zhengfei. Huawei gilt als weltgrößter Ausrüster für digitale Netzwerke und zweitgrößter Smartphone-Produzent. Aus Sicht der USA ist der chinesische Konzern der schärfste Konkurrent für die amerikanischen Netzbetreiber; schneller als die US-Konkurrenz hat er die Technologien für das neue 5G-Netzwerk entwickelt, das für lernende Industrieroboter oder für autonomes Fahren im Straßenverkehr der Zukunft gebraucht wird. Mit der Behauptung, Huawei arbeite eng mit den chinesischen Geheimdiensten zusammen, so dass alle sensiblen Daten, die über die kritische Internet- und Kommunikations-Infrastruktur des 5G-Netzwerkes laufen, am Ende bei den Pekinger Behörden landen, ist die US-Regierung bestrebt, Huawei den Marktzugang in den USA zu verweigern und dies auch global zu erreichen. (Wahrscheinlich erinnern sich die

¹⁰ Ulrich Menzel: Die Ordnung der Welt. Imperium oder Hegemonie in der Hierarchie der Staatenwelt, Berlin: Suhrkamp Verlag 2015, S. 33.

US-Behörden an die enge Kooperation der US-amerikanischen Internetkonzerne mit CIA und NSA und unterstellen daher, anderenorts sei es auch so.) Australien, Neuseeland und britische Firmen hatten in diesem Sinne ihren Verzicht auf Huawei-Technik beim 5G-Netzausbau eifertig erklärt. Deutsche Stellen gehen dagegen davon aus, dass die Spionagevorwürfe nicht bewiesen sind und ohne Huawei der Ausbau des 5G-Netzes in Deutschland sehr viel teurer und langwieriger werde.

Vorwand für die Verhaftung von Frau Meng war jedoch ein anderer: Huawei oder ein Tochterunternehmen in Hongkong hätte Geschäfte mit dem Iran gemacht und damit gegen US-Sanktionen gegen den Iran verstoßen. Und dafür sei Meng Wanzhou maßgeblich verantwortlich. Nun hatte China diese „Sanktionen“ – die keine Maßnahmen auf einer völkerrechtlichen Grundlage sind – niemals anerkannt und Huawei damit nach internationalem und chinesischem Recht nichts Rechtsbrecherisches getan, gleichwohl hatten die USA einen internationalen Haftbefehl ausgelöst und an die kanadischen Behörden ein Auslieferungsersuchen gerichtet. Der stellvertretende US-Staatsanwalt Alex Solomon gab bei einer Anhörung vor einem Bundesgericht in Brooklyn zu, dass die Beweise unter dem US-amerikanischen Foreign Intelligence Surveillance Act (FISA – *Gesetz zur Überwachung in der Auslandsaufklärung*) von 1978 erlangt wurden, das eigentlich die Spionageabwehr der US-Dienste regelt. Huawei teilten die US-Behörden im April 2019 mit, dass sie diese Informationen, die „durch elektronische Überwachung und physische Durchsuchung erlangt“ wurden, zu verwenden gedenken. Die kanadischen Anwälte von Frau Meng, die noch immer in Vancouver unter Arrest steht, machen geltend, dass das in Ansatz gebrachte Verhalten von Meng in Kanada nicht strafbar ist und das Auslieferungs-Ersuchen der USA gegen das kanadische Auslieferungsrecht verstößt; sie sei unverzüglich freizulassen. Zudem zeigten die US-Kampagne gegen Huawei und die Kommentare des Präsidenten der Vereinigten Staaten, dass dieser Fall von politischen und finanziellen Interessen geleitet ist, und nicht von Rechtsstaatlichkeit.

Der historische Kontext

In den Tiefenschichten der Weltgeschichte vollzieht sich eine tektonische Verschiebung des weltwirtschaftlichen Schwerpunkts vom nordatlantischen Raum nach Asien. Dazu zählen nicht nur China und Indien, sondern nach wie vor auch Japan, Südkorea und Taiwan sowie die ASEAN-Staaten und „mittlere“, regional bedeutsame Wirtschafts- und Militärmächte wie Pakistan, Vietnam und Indonesien. Das Pro-Kopf-Einkommen Chinas lag 1949, im Jahr der Gründung der Volksrepublik, bei umgerechnet 54 US-Dollar. Besitzlose Bauern, Tagelöhner und Wanderarbeiter machten etwa 80 Prozent der Bevölkerung aus. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des ganzen Landes betrug 1960 59 Milliarden US-Dollar; im Jahre 1976 waren es 153 Milliarden, 1984 – nach Beginn der Wirtschaftsreformen – 316 Milliarden, im Jahre 2000 bereits 1.214 Milliarden, 2010 6.066 Milliarden und 2018 13.407 Milliarden US-Dollar. Nach Schätzungen der Weltbank wurden allein zwischen 1981 und 2004 etwa 600 Millionen Menschen in China aus der Armut geholt. Ende 2016 lebten noch 3,1 Prozent der ländlichen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; das waren 43,4 Millionen von über 1,3 Milliarden Menschen. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2015 bei durchschnittlich 21.966 Yuan (3.349 US-Dollar), betrug allerdings auf dem Lande 11.422 Yuan, in der Stadt hingegen 31.195 Yuan.

Am Fall Meng Wanzhou wurde schlaglichtartig deutlich, wie die USA mit Zähnen und Klauen ihre Weltmachtrolle zu verteidigen suchen, und mit welchen Bandagen diese Kämpfe ausgetragen werden. Im Kern geht es darum, dass die chinesischen Hochtechnologie-Firmen dabei sind, sich einen Vorsprung gegenüber den westlichen Technologien zu erarbeiten, der auch am globalen Markt immer sichtbarer wird.

Ganz in diesem Sinne hat der österreichische IT-Manager, China-Experte und Autor Robert Fitzthum festgestellt: „Diejenigen Teile der amerikanischen Industrie, die mit der chinesischen Wirtschaft nicht konkurrenzfähig sind, und Teile der Eliten, denen es schwer fällt, die Rolle der USA nach dem Ende des Kalten Krieges als weltweite 'Nummer Eins' schwinden zu sehen und die den weltweiten Einflussverlust der USA in *hard power* und *soft power* nicht wahrhaben wollen, Beratungsunternehmen und Forschungsinstitute, die mit dem Aufbausuchen von Problemen mehr Geschäft machen als mit friedlicher Entwicklung, das US-Militär, Geheimdienste und die damit verbundene Presse – alle diese Gruppen rüsten für eine hitzige Auseinandersetzung. Sie verstärken die Tendenzen des 'China Containment', die Entwicklung Chinas einzudämmen und zu behindern.“¹¹ Die USA verstärken ihre internationale Druckpolitik, insbesondere auch gegen China und Russland, nicht weil sie stärker, sondern weil sie schwächer geworden sind.

Fitzthums Buch gibt einen guten Überblick über den grandiosen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg Chinas in den vergangenen vierzig Jahren. Das Wirtschaftswachstum lag zwischen 1980 und 2016 im Jahresdurchschnitt bei 9,6 Prozent (in Deutschland waren es 1,7 Prozent). 680 Millionen Menschen wurden von 1980 bis 2010 aus extremer Armut geholt, 2012-2017 nochmals 70 Millionen; die verbliebenen 30 Millionen sollen diesen Aufstieg bis 2020 erfahren. Die Reallöhne wurden 2006-2015 um 125 Prozent gesteigert, in Indien (das eher Vergleichsland ist als etwa Deutschland) um 60 Prozent. Die Zahl der Krankenversicherten in China stieg von 200 Millionen im Jahre 2004 auf 1,3 Milliarden Menschen 2014 – das sind faktisch alle. 840 Millionen Menschen waren 2014 vom Rentensystem erfasst, 2020 sollen es alle sein. Die Handelsüberschüsse betragen laut Fitzthum 2016 510,7 Milliarden US-Dollar, die Divisenreserven erreichten 2014 den Höhepunkt von etwa 4.000 Milliarden USD; seither haben sie etwas abgenommen, auch wegen der großen Investitionen in die heimische Infrastruktur sowie in das Projekt der „Neuen Seidenstraße“ und um die Belastungen im Handelskrieg der USA gegen China abzufedern..

Dennoch ist statistisch gesehen China weiter ein „Entwicklungsland“: das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf betrug 2016 15.400 USD, in Deutschland 48.110 USD und in den USA 57.400 USD. Nach den Plänen der Kommunistischen Partei soll China 2021 eine „Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ sein, 2049 (zum 100. Jahrestag der Volksrepublik) ein „modernes sozialistisches Land“. Dann wird nach Schätzungen das Land auch im Pro-Kopf-Einkommen die entwickelten Länder des Westens erreicht oder überholt haben.

Vor diesem Hintergrund wird in den USA ein neues „Containment“, eine Eindämmungspolitik der USA gegen China, zugleich aber auch gegen Russland und den Iran diskutiert und durch „Sanktionen“, „Strafzölle“ und Handelskrieg umzusetzen versucht. Eine genauere Analyse zeigt jedoch, dass das US-amerikanische Containment, das etwas lautloser, als bei Trump, bereits unter Obama seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 aufgebaut wurde, zwar militärische Einkreisung bewirkt hat, nicht jedoch die weitere wirtschaftliche Entwicklung Chinas zu verhindern vermochte.¹² Insofern soll Trumps Druckpolitik in Richtung Handelskrieg doch etwas in dieser Richtung bewegen, verstärkt durch neue militärische Aufrüstung in Asien. Hier zeigt sich inzwischen, dass die Stationierung US-amerikanischer Mittelstrecken-Waffensysteme in Asien offensichtlich der eigentliche Zweck der Aufkündigung des US-amerikanisch-russischen (ursprünglich - sowjetischen) INF-Vertrages war.

¹¹ Robert Fitzthum: China verstehen. Vom Aufstieg zur Wirtschaftsmacht und der Eindämmungspolitik der USA, Wien: Promedia Verlag 2018, S. 74.

¹² Vgl. Erhard Crome: Deutschland auf Machtwegen, S. 25ff.

Der militärische Faktor

Donald Trump war zur Präsidentenwahl mit drei zentralen Punkten angetreten: (1) in Sachen Rüstungswettlauf „an der Spitze des Rudels“ zu bleiben – hier sind Russland und China die Gegner in der strategischen Dreier-Runde des *nuklearen Patts*; (2) die USA aus dem Regime-Change-Geschäft herauszuziehen, weil es viel Geld gekostet, aber nichts gebracht hat; (3) die USA im Bereich der Realwirtschaft wieder nach vorn zu bringen und jene Länder zu bekämpfen, die hohe Überschüsse im Handel mit den USA erwirtschaften. Das sind Deutschland und China. Trumps Kundmachung im Sommer 2018, die USA hätten drei Feinde, war im Sinne seines „America First“-Verständnisses folgerichtig: China, Russland und Deutschland.

Hauptproblem der USA ist ihre „imperiale Überdehnung“ (Paul Kennedy). Mit Donald Trump wurde ein Präsident gewählt, der vor jener Überdehnung warnte und sie als Folge der Interventionspolitik seiner Vorgänger Bush und Obama bezeichnete. Trumps „America First“ ist etwas Neues, das jedoch an frühere Traditionen US-amerikanischer Außenpolitik anknüpft. Mit dieser Grundlinie in der internationalen Politik der USA haben sich unter Trump die Unterschiede und Differenzen im Verhältnis zur EU und zu Deutschland verstärkt. Die Beziehungen zu Russland wurden weiter verschlechtert, durch Handelssanktionen und die Aufkündigung des INF-Vertrages – inwieweit das Trumps Intention war oder in welchem Maße der Präsident durch die Mehrheitsverhältnisse im US-amerikanischen Kongress, auch die antirussischen Ressentiments innerhalb der Republikanischen Partei dazu gezwungen wurde, ist für das außenpolitische Endergebnis irrelevant. Das derzeitige Abkommen über die Begrenzung weitreichender, strategischer Atomwaffen Russlands (als Nachfolger der UdSSR) und der USA, der *New START-Vertrag* aus dem Jahre 2010, sah eine Reduzierung der Anzahl der atomaren Sprengköpfe und der Trägersysteme vor. Der Vertrag trat am 5. Februar 2011 in Kraft; seine Zehnjahresfrist läuft am 5. Februar 2021 aus. Nach der Aufkündigung des INF-Vertrages durch US-Präsident Trump gibt es inzwischen Anzeichen, dass die USA unter fadenscheinigen Vorwänden auch den *New START-Vertrag* auslaufen lassen wollen. Dann wäre die Tür zu einem neuerlichen atomaren Wettrüsten nicht nur im Bereich der Mittelstreckenwaffen, sondern auch der strategischen nuklearen Waffensysteme geöffnet. Zudem haben die USA inzwischen außer einem Kommando für den Cyber-Krieg entschieden, eine sogenannte *Space Force* als sechste Teilstreitkraft für den Krieg im Weltraum zu schaffen, deren Finanzierung ab 2020 in das Budget des Pentagons eingestellt wird.

Das alles passt in das Konzept, militärisch „an der Spitze des Rudels“ zu bleiben. Vor dem Hintergrund der internationalen Finanzkrise hatte der Historiker Eric Hobsbawm betont, die Politiker wüssten in der Krise nicht, was sie tun, und eilten „aufgeschreckt wie Krankenschwestern [...] ans Bett des Kapitalismus und tun so, als ob sie etwas täten“. Sie seien „ganz verzweifelt, und sie hoffen, dass sie so irgendwann den Ausgang finden.“ Am Ende jedoch werde „Blut fließen, viel Blut“, und es werde auf einen großen Krieg zwischen den USA und China hinauslaufen. (Der Stern, Hamburg, Nr. 20/2009.)

Allerdings hat Donald Trump, im Unterschied zu all seinen Vorgängern seit Jimmy Carter, bisher keinen neuen Krieg angezettelt. Statt dessen wurde an die Adresse des Iran gedroht, aber bisher keine militärische Gewalt angewendet. Mit Kim Jong-un hat sich Trump getroffen, um das Verhältnis zu Nordkorea zu entspannen. Die militärischen Aktivitäten in Syrien wurden reduziert. In Bezug auf Afghanisten verhandeln die USA mit den Taliban, um ihre Truppen aus dem längsten Krieg, den die USA je geführt haben, gesichtswahrend abzuziehen.

Der „Zauberlehrling“ im Handelskrieg

Der Handelskrieg ist derzeit das bevorzugte Mittel der Kriegsführung. Die Auseinandersetzungen begannen im Frühjahr 2018, als der US-Präsident Zölle auf Waren im Wert von drei Milliarden US-Dollar verhängte, China zog adäquat nach. Dann weitere über Waren von 34 Milliarden und nochmals 16 Milliarden Dollar, China zog nach. Im September 2018 verhängte Trump dann Abgaben in Höhe von 10 Prozent auf chinesische Waren im Volumen von 267 Milliarden US-Dollar. Damit war das Gesamtvolumen der US-Exporte nach China überschritten. Im Jahre 2018 exportierten die USA Waren im Wert von 120,3 Milliarden US-Dollar nach China und importierten Waren im Wert von 539,5 Milliarden US-Dollar (de.statista.com). Von nun an konnte China nicht mehr spiegelverkehrt antworten, sondern wurde sozusagen retorsionstechnisch zum Opfer seines eigenen Außenhandelsüberschusses, worauf Trump offensichtlich gesetzt hatte. China antwortete mit gezielten Importerschwernissen für bestimmte Produkte aus den USA, insbesondere im Landwirtschaftsbereich, um die Farmer in jenen Gegenden zu treffen, in denen Trump gewählt wird, sowie mit gezielter Wechselkurspolitik, zum Teil auch Abwertung des Yuan.

In der Praxis taktiert Trump. Die USA verkünden immer wieder neue Strafzölle und Strafmaßnahmen gegen chinesische Firmen, dann werden diese teilweise wieder ausgesetzt; es werden neue Verhandlungsrunden verkündet, die dann aber wieder aufs Neue durch Drohungen erschwert werden. Im Grunde geht es durchgängig darum, politischen Gegnern – hier China, in anderen Fällen Russland oder dem Iran – möglichst unberechenbar zu erscheinen, um sie dadurch systematisch einzuschüchtern. Das ist die außenpolitische „Strategie des Verrückten“, wie sie der französische Historiker und Demograph Emmanuel Todd schon 2002, angesichts des Regierungshandelns des US-Präsidenten George W. Bush beschrieben hatte, eine klassische strategische Denkfigur, aber „ungeeignet für ein Land von der Größe eines Kontinents“, die USA.¹³

Donald Trump tut seit seinem Amtsantritt alles, um eine solche Vorgehensweise als Mittel der Politik einzusetzen. So forderte Devin T. Stewart vom *Carnegie Council* – bekennender Anhänger der Demokratischen Partei – im Jahre 2018, Trump einer Neu Beurteilung zu unterziehen. Seine Präsidentschaft markiere „eine Rückkehr zur Realpolitik und zur Großmachtspolitik“. In den 1990er Jahren hatte Präsident Bill Clinton über die „Brücke ins 21. Jahrhundert“ gesprochen, in der die USA die „Weltführerschaft für Frieden und Freiheit“ beibehalten. Die USA würden Globalisierung, technologische Entwicklung und freien Handel fördern – das war die „Heilsbotschaft des liberalen Internationalismus“. „Diese Mentalität zog die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation ebenso nach sich wie Invasion und Kriege im Irak und in Afghanistan unter Bush und die Finanzkrise 2008.“ Angesichts von Trumps Erfolgen seien diese Grundsätze zu hinterfragen. „Die Trump-Doktrin stellt frühere politische Annahmen auf den Kopf. Trumps 'America First' ist eine Umkehrung der Realpolitik und des Wettbewerbs zwischen Großmächten. Es passt besser in eine Zeit, in der die USA ihre Dominanz eingebüßt haben.“¹⁴ Trump selbst beschrieb seine Sicht so: „Die amerikanische Politik des von Prinzipien geleiteten Realismus bedeutet, dass wir uns nicht zur Geisel alter Dogmen, diskreditierter Ideologien und sogenannter Experten machen lassen, deren Thesen im Laufe der Jahre ein ums andere Mal widerlegt wurden. Das gilt nicht nur für Friedensangelegenheiten, sondern auch für Wohlstandsfragen.“¹⁵

Ist das die strategische Perspektive, so gilt für die taktische: „Trump's Diplomatie lässt sich auf vier Eckpunkte reduzieren: beleidigen, feilschen, Lasten verteilen und prahlen. Einen Dialog beginnt er, indem er das

¹³ Emmanuel Todd: Weltmacht USA. Ein Nachruf, München/ Zürich: Piper Verlag 2003, S. 14.

¹⁴ Devin T. Stewart: Die Wahnsinnsmethode. Warum Trumps Außenpolitik erfolgreicher ist, als wir uns das eingestehen wollen, in: IPG – Internationale Politik und Gesellschaft, 16.11.2018. <https://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/detail/die-wahnsinnsmethode-3087/>, S. 1,4.

¹⁵ Amerika Dienst, Newsletter vom 28. September 2018: Präsident Trump bei der 73. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 2018.

Gegenüber beleidigt, meist per Twitter. Dann ergreift er die Gelegenheit, sich mit ihm zusammzusetzen, zu feilschen und eine aus seiner Sicht faire Lastenverteilung zu erreichen. Am Ende prahlt er mit den Ergebnissen. Trump behandelt sämtliche Beziehungen als Geschäftsbeziehungen und verfolgt die Taktik 'Auge um Auge, Zahn um Zahn', um sein Ziel der 'Gegenseitigkeit' zu erreichen.“ Seine Methode ist „eine Umkehrung des früheren Führungsstils und stellt überlieferte Ansätze auf den Kopf. An die Stelle von Technokratie, Meritokratie und Bürokratie treten persönliche Beziehung, Vertrauen und Loyalität auf höchster Ebene. An die Stelle der Freihandelsideologie tritt das Verständnis von Handel als einem Mittel zur Bereicherung. Statt Institutionen aufzubauen, wird die Nützlichkeit jeder einzelnen Institution infrage gestellt. Statt moralgestützte Diplomatie zu betreiben, wird mit jedem geredet, der bereit ist zu feilschen. Statt sorgfältig formulierte Reden zu halten, wird alles gesagt, was zum Ziel führen könnte. Heilige Kühe werden nicht mehr verschont, sondern geschlachtet, oder zumindest steht die Drohung im Raum. Statt offene Märkte zu propagieren, werden US-Märkte, Militär und Migration als Faustpfand eingesetzt. Jede Beziehung wird darauf überprüft, wie viel Druck man auf sie ausüben kann.“¹⁶

Das Problem im Handelskrieg mit China ist nur, dass dieses Land selbst über beträchtliche Ressourcen verfügt und deshalb einen solchen Stellungskrieg geraume Zeit aushalten kann. Zugleich schädigt die Handelspolitik auch US-Firmen. So hatte Apple im Konkurrenzkampf gegen Huawei und Samsung auf Zulieferungen aus China „just in time“ gesetzt, deren Kalkulation jetzt nicht mehr den ursprünglichen Annahmen bei der Organisation dieser Lieferketten entspricht. Die US-amerikanische Zentralbank geht davon aus, dass die Eskalation des Zollstreits zwischen den USA und China das weltweite Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent reduziert, insgesamt 850 Milliarden US-Dollar an Wirtschaftskraft kostet (*Neue Zürcher Zeitung*, 06.09.2019). Am Ende hat Trump Kräfte geweckt, die er nicht mehr zu beherrschen vermag.

Strategisches

Im Kampf gegen den Aufstieg Chinas agieren die USA nicht nur mittels Handelskrieg, sondern auch mit militärischer Aufrüstung und Einkreisung, mit der Anzettelung regionaler Konflikte in geographischer Nähe Chinas – nicht nur im Südchinesischen Meer, auch in Taiwan und Korea, der Förderung secessionistischer Kräfte in Tibet und Xinjiang, geheimdienstfinanzierten Operationen für eine „Farbrevolution“ in China, aktuell mit der Unterstützung von Unruhen in Hongkong, aber auch mit wirtschaftlichem und politischem Druck auf Drittländer.

Die Frage nach dem „großen Krieg“ der USA gegen China, wie sie Hobsbawm aufgeworfen hat, steht perspektivisch seit längerer Zeit.¹⁷ Betrachtet man den derzeitigen politischen Kontext, so zeigt sich: Beide Seiten sind sichtlich bemüht, eine direkte Interessenkollision, eine militär-strategische Konfrontation nicht zuzulassen. Chinas Aufstieg braucht keinen Krieg. Und ob die USA in zehn Jahren noch über die finanziellen und materiellen Mittel verfügen werden, Kurs auf einen großen Krieg gegen China zu nehmen, ist eher unwahrscheinlich. Zugleich gilt die Grunderkenntnis aus der Spätphase des Kalten Krieges: die Clausewitz'sche Formel, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, gilt nicht mehr; es gibt keine Politik, die durch einen alles vernichtenden Nuklearkrieg zu realisieren wäre. Das heißt: ein

¹⁶ Devin T. Stewart: Die Wahnsinnsmethode, S. 5.

¹⁷ Siehe dazu: Erhard Crome: Das Schicksal des US-Imperiums entscheidet sich in Ostasien, in: Ralph-M. Luedtke, Peter Strutynski (Hrsg.): Neue Kriege in Sicht. Menschenrechte, Konfliktherde, Interessen. Kasseler Schriften zur Friedenspolitik, Bd. 13, Kassel: Jenior Verlag 2006.

Atomkrieg ist weder führbar noch gewinnbar. Insofern greift Hobsbawms Warnung zu kurz: Chinas Kultur der Politik ist rückwärts wie vorwärts betrachtet eine, die in Jahrtausenden rechnet, während der westliche Spätkapitalismus nur das Heute kennt. China hat Zeit, sein Aufstieg ist friedlich und zugleich unaufhaltsam wie das Aufgehen der Sonne, während der „Welt des weißen Mannes“ die Zeit ihrer Vorherrschaft unter den Fingern zerrinnt. Die entscheidende Frage der nächsten zehn Jahre ist daher: Zwingt China im Bündnis mit Russland und anderen Mächten sowie den friedenswilligen Kräften in aller Welt – hier wäre denn auch über die deutsche Außenpolitik zu reden – die USA und die NATO, einen großen Krieg nicht auszulösen?

Der Philosoph und Friedensforscher Ulrich Knappe kommt in seinem Resumé des Kalten Krieges zu der Folgerung, dass der Kalte Krieg eine Friedensform war. Er trug „neben dem Moment der Konfrontation auch das der Kooperation“ in sich. Er war „die Entstehung des gefährdeten Weltfriedens, der den alles vernichtenden Weltkrieg als Alternative gehabt hätte“.¹⁸ Unter der Voraussetzung der Nicht-Führbarkeit und Nicht-Gewinnbarkeit eines thermonuklearen Weltkrieges war der Kalte Krieg die Austragungsform der Auseinandersetzung zwischen USA, NATO und „dem Westen“ auf der einen und der Sowjetunion und ihren Verbündeten auf der anderen Seite. Heute sind neues Wettrüsten und Handelskrieg die Austragungsformen des Hegemonialkampfes, den die absteigenden USA gegen das aufsteigende China führen. Das muss aber nicht heißen, dass der Zweck dieser USA-Politik der große Krieg ist. Der Zweck ist das Aufhalten und Behindern des Aufstiegs Chinas. Das soll auch aus USA-Sicht nicht um den Preis der Vernichtung der Welt geschehen. Insofern liegen heute Friedensforscher völlig falsch, die in einem traditionalistischen Sinne die Handelskriege unter der Rubrik von Kriegsvorbereitungen für den großen Krieg zu fassen suchen.

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Parag Khanna meinte, es gäbe in der Welt drei imperiale Zentren: die USA, China und die EU. Die weitere Entwicklung in der Welt hänge davon ab, wie es diesen gelingt, die übrigen Teile der Welt an sich zu binden, sich Einflusszonen zu schaffen und diese dauerhaft zu dominieren.¹⁹ Das ist nur eine andere Gestalt der Idee, dass in der Welt von heute ein „Konzert der Mächte“ existiert. Hier wären dann mindestens Russland, Indien, Brasilien und Südafrika hinzuzurechnen, die in ihren respektiven Regionen ebenfalls mehr oder weniger nachdrücklich Einfluss ausüben. Alle fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates agieren unter der Voraussetzung, dass sie Atommächte sind, die Atomwaffen aber gegeneinander nicht zu rationalen Zwecken einsetzen können; die menschliche Zivilisation fände in einem thermo-nuklearen Weltkrieg ihr Ende. Die weltwirtschaftliche Verschiebung nach Asien hat daher die Chance, für sich genommen nicht zu größerer globaler Kriegsgefahr zu führen.

Die Atommacht Indien ist ebenfalls dabei, strategische Relevanz zu erlangen. Die relative Schwäche Indiens im Vergleich zu China wird durch eine neue Kooperation mit den USA auszugleichen versucht. Innerhalb der Gruppe der BRICS-Staaten ist Südafrika das Land, das offensichtlich in der Zeit des Apartheid-Regimes ebenfalls eigene Atomwaffen besessen hatte, diese aber wieder abgebaut bzw. beseitigt hat. In Brasilien wurde immer mal wieder diskutiert, ob das Land nicht eigene Atomwaffen entwickeln sollte. Das ist bisher nicht erfolgt. Damit spielt innerhalb der BRICS-Gruppe die Frage des Atomwaffenbesitzes keine Rolle. Aber die Gruppe als Ganze handelt unter der Voraussetzung, dass global das atomare Patt bereits besteht (zwei der potentiellen Gegenmächte und Indien sind Teil der Gruppe) und sie daher in ihrem politischen Handeln durch die Atomwaffen der nordatlantischen Mächte nicht eingeschränkt ist. Die Zukunft der internationalen Beziehungen hängt in erheblichem Maße davon ab, wie die BRICS-Staaten weltweit abgestimmt konfliktdämpfend wirken und es den Mächten Asiens gelingt, ihre Interessenunterschiede und Konfliktfelder

¹⁸ Ulrich Knappe: Über paradoxen Sozialismus, Berlin u.a.: Peter Lang Verlag 2018, S. 255.

¹⁹ Vgl. Parag Khanna: Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung, Berlin: Berlin Verlag 2008.

friedlich zu bearbeiten. Das betrifft insbesondere auch das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan. Je kleiner die Konfliktpotentiale in Asien (zwischen China, Indien, Japan, Nordkorea, den ASEAN-Staaten usw.) sind, desto geringer die Möglichkeiten, diese Konflikte von außen auszubeuten.

Nimmt man die weltwirtschaftliche Verschiebung als die unterste Schicht des derzeitigen Weltgefüges und die militärisch-strategische Schicht der Kernwaffenpotentiale als die darüber liegende, so erhebt sich über dieser die der politisch-militärischen, wirtschaftspolitischen, ideologischen und politisch-diplomatischen Auseinandersetzungen. Insofern sind politische und diplomatische Klugheit angezeigt. Ein Entgegenwirken der EU gegen den Handelskrieg der USA gegen China wäre das Minimum des heute historisch Erforderlichen.

Hier ist auch die deutsche Außenpolitik gefordert, die wiederum um so friedlicher ist, je mehr die Friedenskräfte und die Gegner weiterer Aufrüstung sowie der Absicht der Regierung, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Kriegszwecke auszugeben, erstarken und den Kriegstreibern in den Arm zu fallen vermögen.

(Manuskriptabschluss 6. September 2019.)